



NEWSLETTER 03/2018

FORUM | MIGRATION



Symbolfoto: © Robert Kneschke – Fotolia.com

„Nur die Fassade ist sozial“

Bei den anstehenden Betriebsratswahlen kandidieren verstärkt rechte Kandidat_innen. DGB Vorstand Annelie Buntenbach erklärt, warum die Aufregung nicht angebracht ist und welche Antwort die Gewerkschaften geben.

Forum Migration: Sind die extrem rechten Kandidaturen für Betriebsräte ein neues Phänomen?

Annelie Buntenbach: Es gibt seit einigen Jahren vereinzelt Betriebsräte, die keiner DGB Gewerkschaft angehören, die zum Teil aber auch in der nationalen und internationalen Naziszene vernetzt sind. Nach den Erfolgen der AfD haben solche Leute aufgrund der momentanen öffentlichen Diskussion ein viel größeres Gewicht, als sie es in der Realität im Betrieb haben. Ich sehe nicht, dass die Arbeitnehmervereinigungen der AfD oder die „Ein Prozent“-Bewegung über eine nennenswerte Verankerung in den Betrieben verfügen. Vielfach sind es Einzelpersonen, die ein Medienhype nach oben gespült hat, die aber nur über eine sehr schmale Anhängerschaft verfügen.

Was unternimmt der DGB dagegen?

Je stärker wir im Betrieb und in der Gesellschaft

selbst Themen und Initiativen setzen können, desto weniger Raum bleibt der AfD, um Sogkraft zu entwickeln. Wenn sich etwa bei einer beabsichtigten Standortschließung wie jetzt bei Siemens in Görlitz die IGM so schnell und klar an die Spitze stellt, hat das die größten Erfolgchancen für Arbeitnehmer_innen, gleichzeitig bleibt dann kein Platz für angebliche „Interessenvertreter“ (Ost)Deutscher von Rechtsaußen um Zorn und Angst auf ihre Mühlen zu lenken. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass an den Forderungen von AfD und rechten Betriebsräten gar nichts sozial ist – außer der Fassade.

Wie unterstützen Gewerkschaften Betriebsrät_innen in dieser Auseinandersetzung?

Angebote gibt es hier in Form von Materialien, Workshops, Beratung von DGB und Gewerkschaften, DGB Bildungswerk und last but not least vom Kumpelverein (www.gelbehand.de). Dabei geht es auch darum, etwa Betriebsversammlungen so durchzuführen, dass sie nicht von Rechtspopulisten an sich gerissen werden können. Wo es sinnvoll ist, wird auch direkt vor Ort unterstützt.



Lesen Sie das vollständige Interview mit Annelie Buntenbach auf: www.migration-online.de/br-wahl_2018

INHALT 03/2018

„Nur die Fassade ist sozial“ 1

Nochmal zur Uni 2

Wo sollen die 8.000 neuen Pflegekräfte herkommen? 2

Anerkennungs-News 2

„Das Wort ‚Willkommen‘ taucht nicht auf“ 3

Mehr deutsche Kinder durch Zuwanderung 3

Sichtbarer Migrationshintergrund führt zu Diskriminierung 3

News + Termine 4

Jetzt die Weichen stellen für ein Ende der globalen Sklaverei – Kommentar von Neha Misra, Solidarity Center, Washington DC 5



Porträt Anerkennung:

Amin Pourkaveh, Werkstofftechniker aus Iran

Nochmal zur Uni

Im Iran, sagt Amin Pourkaveh, habe er alles gelernt, was er für seine Arbeit braucht: Vier Jahre hat er an der Universität vom Ahvaz Werkstofftechnik studiert, von 2007 bis 2011. Dann leistete er, notgedrungen, wie er sagt, den Wehrdienst ab und begann in einem Stahlwerk als Ingenieur für die Qualitätskontrolle. Doch seine Heimatstadt Ahvaz, gleichsam in Sichtweite des Emirats Kuwait, ist durch die Ölförderung und die Schwerindustrie ein Moloch: Kaum irgendwo auf der Welt ist die Luft giftiger. Pourkaveh zog um. In Karaj nahe Teheran fand er Arbeit bei einem Hersteller für Ölfördertechnik, später bei einem Automobilwerk. Drei Jahre arbeitete er, immer als Qualitätskontrolleur. „Ich habe viel Erfahrung gesammelt“, sagt er. Anfang 2016 geriet Pourkaveh, wie so viele junge Leute, mit dem schiitischen Mullah-Regime aneinander. Er musste das Land verlassen. Seine Familie wollte nicht, dass er in ein Boot steigt, sie sammelte Geld für die teurere Passage über Land. Ein Verwandter lebt in Worpswede bei Bremen, er nahm ihn auf, im April 2016 beantragte er Asyl, sieben Monate später wurde er anerkannt.

„Ich habe nette Leute kennen gelernt“, sagt er. Die vermittelten ihm einen Platz in dem Deutschkurs-Programm namens Integra, das geflüchtete Akademiker für ein weiteres Studium in Deutschland vorbereitet. Das Sprachniveau C1 ist dafür nötig. Bei der Uni-Assist-Stelle ließ Pourkaveh sein iranisches Bachelor-Zeugnis anerkennen. Doch Pourkaveh wollte so schnell wie möglich arbeiten. Das Jobcenter zahlte die Gleichwertigkeitsprüfung bei der Bremer Ingenieurskammer. Diese entschied, dass Pourkavehs Abschluss dem deutschen Bachelor gleichwertig sei. Pourkaveh sah Stellenanzeigen von zwei Firmen, die exakt die gleichen Teile für die Ölindustrie herstellen, wie jene, bei denen er im Iran gearbeitet hatte. Im August und im Dezember 2017 bewarb er sich auf die zwei Stellen – und bekam „sehr höfliche“ Absagen. „Enttäuschend“ sei das gewesen. „Ich kann alles, was man für diese Arbeit braucht“, sagt er. „Wahrscheinlich hätten sie mich mit einem deutschen Abschluss genommen.“ Ähnliches habe er auch von anderen geflüchteten Akademiker_innen gehört. Also, glaubt er, werde er nun wohl in Deutschland einen Master anschließen müssen. Produktionstechnik wird in Bremen angeboten, und die Stadt gefällt ihm gut. Im Februar 2018 legte er seine C1-Deutschprüfung ab. Im Herbst könnte er anfangen und müsste BAFöG beantragen. Mit dem Arbeiten muss er wohl noch warten.

Wo sollen die 8.000 neuen Pflegekräfte herkommen?

8.000 neue Stellen will die Große Koalition in der Pflege schaffen. Können diese auch durch verstärkte Anwerbung und schnellere Anerkennung ausländischer Fachkräfte besetzt werden?

Im Koalitionsvertrag heißt es nun: „Außerdem wollen wir die qualifikationsadäquate Beschäftigung von Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen weiter fördern. Die Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zum Anerkennungsgesetz wollen wir weiterentwickeln und den Anerkennungszuschuss ausbauen.“

Gernot Kiefer, Vorstand des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung, sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, er sehe zwar ein

„großes Potenzial, Menschen mit Migrationshintergrund einzubinden“. Gleichzeitig schränkte er ein: „Wer glaubt, man könne die Herausforderungen des Pflegebedarfs in Deutschland im Wesentlichen durch den Import von Arbeitskräften lösen, den halte ich für ziemlich naiv.“ Auch Franz Wagner, Präsident des deutschen Pflagerates, glaubt nur an eine geringe Entlastung durch Ausländer_innen, berichtet die Deutsche Welle. Im Wahlkampf hatte der SPD-Kandidat Martin Schulz sich für eine unbürokratische Anwerbung starkgemacht. Ohne Pflegekräfte aus Osteuropa wäre das System der Altenpflege schon lange zusammengebrochen, so Schulz damals. Parteien, die ständig gegen Ausländer hetzten, sollten sich auch die Abhängigkeit von ausländischen Pflegekräften vor Augen halten, sagte er.

Anerkennungs-News

Erfurter Erklärung:

„Integration lohnt sich“

Fünf Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände sowie die Landesregierung haben sich mit einer gemeinsamen Erklärung zur Integration bekannt. Darin fordern sie unter anderem, dass die Verfahren zur Anerkennung der in den Heimatländern erworbenen Ausbildungen und Abschlüsse verbessert und beschleunigt werden. „Dies gilt sowohl für sog. reglementierte Berufe, die bundes- oder landesrechtlich geregelt sind als auch für anerkannte bundesrechtlich geregelte Ausbildungsberufe auf der Facharbeiter_innen-Ebene“, heißt es in der Erklärung der Sozialpartner mit Thüringens Sozialministerin Heike Werner (Linke). Spracherwerb, Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit seien genauso wichtig wie die Aufnahmebereitschaft seitens der hiesigen Bevölkerung.



Erfurter Erklärung: <http://bit.ly/2BFYTA2>

Neuer Leitfaden zu

§ 17a Aufenthaltsgesetz

Seit Inkrafttreten des § 17a Aufenthaltsgesetz am 1. August 2015 können Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland einreisen, um im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens an einer Qualifizierungsmaßnahme teilzunehmen. Sie können so festgestellte wesentliche Unterschiede ausgleichen und dadurch die berufliche Anerkennung oder die Berufszulassung in Deutschland bekommen. Dazu hat das IQ Netzwerk einen neuen Leitfaden herausgegeben. Allen Interessierten bietet

der einen handlichen Überblick über die Zuständigkeiten im Verfahren.



Der Leitfaden kann bei der Fachstelle „Beratung und Qualifizierung“ per E-Mail bestellt werden:
fachstelle.beratung.qualifizierung@f-bb.de

Neue Toolbox für Ehrenamtliche

Das IQ Netzwerk Bayern – MigraNet hat eine Arbeitshilfe für Ehrenamtliche erarbeitet. Die „ToolBox – Der schnelle Ratgeber für Helferinnen und Helfer zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ soll freiwillig Engagierten einen Überblick zum Thema Anerkennung ausländischer Qualifikationen geben. Die ToolBox enthält einen Fächer von 35 Karten, die einen leicht verständlichen, praxisbezogenen Überblick zu allen wesentlichen Themen der Anerkennung ausländischer Qualifikationen geben. Schon im Vorfeld der Anerkennungsberatung hilft den Ehrenamtlichen ein Fragenkatalog in der ToolBox, der auf wichtige Punkte aufmerksam macht und den Kontakt mit der Anerkennungsberatungsstelle erleichtert. So kann die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen effektiver und der Anerkennungsprozess beschleunigt werden. Die ToolBox wird auf Informationsveranstaltungen für ehrenamtliche Kräfte sowie anlässlich fallbezogener Zusammenarbeit mit ihnen ausgegeben. Die Informationen der ToolBox gelten länderübergreifend, die Arbeitshilfe ist bundesweit einsetzbar.



Download: <http://bit.ly/2ohpjW>
 Bestellung: <http://www.migranet.org>



„Das Wort ‚Willkommen‘ taucht nicht auf“

Kaum ein Thema hat den Wahlkampf so bestimmt, wie die Migrationspolitik. Nun haben Union und SPD sich auf Grundzüge für Reformen geeinigt. An vielen Stellen zeichnen sich politische Rückschritte ab, sagt Daniel Weber, Leiter des Bereichs Migration und Gleichberechtigung beim DGB Bildungswerk BUND.

Forum Migration: Während der Koalitionsvertrag von 2013 Tendenzen zur Öffnung im Migrationsbereich erkennen ließ, wird die neue Vereinbarung von Union und SPD vielfach als Abschottungsprojekt gelesen. Zu Recht?

Daniel Weber: Manchmal ist auch aufschlussreich, was nicht drinsteht: Die Wörter ‚Willkommen‘, ‚Willkommenskultur‘ oder ‚interkulturelle Öffnung‘ tauchen nicht ein einziges Mal auf. Der neue Duktus steht schon in der Überschrift des Migrationskapitels. Sie lautet: ‚Integration fördern und unterstützen‘. ‚Fördern‘ ist etwas ganz anderes als Willkommens-Strukturen zu schaffen, was wir uns gewünscht hätten. Da waren wir hierzulande auch politisch schon weiter,

etwa mit dem Nationalen Integrationsplan. Es stört, dass an dieser Stelle nicht mehr weitergedacht wird.

| Wie wird sich dieser neue Duktus in konkreter Politik niederschlagen?

| Was Flüchtlinge angeht, zeigt sich dies zum Beispiel an den Plänen für die so genannten ‚Ankunfts- und Rückkehrzentren‘, ‚Anker‘ genannt. Hier geht man weg von der guten dezentralen Unterbringung hin zu monatelanger Kasernierung nach bayrischem Modell.

| Statt dem Bundesinnenministerium (BMI) die Zuständigkeit für Integration zu entziehen – wie es lange diskutiert wurde – soll sich nun Horst Seehofer um Integration kümmern. Was bedeutet das?

| Tatsächlich bleibt hier alles beim alten und das BMI und BAMF sind auch in Zukunft an zentralen Stellen zuständig. Allerdings gibt es auch weiterhin die starken Akteure BMAS mit dem Feld der Arbeitsmarktintegration oder BMFSFJ zu gesellschaftlichem Zusammenhalt vor Ort. So lässt sich die Arbeit des BMI weiterhin ergänzen.

| Das lange diskutierte Einwanderungsgesetz soll nun kommen. Allerdings können Union und SPD sich

bei diesem Thema schon seit Jahren nicht einigen. Wird das nun anders?

| Wir rechnen jedenfalls damit, dass die Diskussion schnell beginnen wird. Der DGB macht deshalb gezielte Informationsarbeit dazu, wie ein solches Gesetz aussehen müsste, damit die Interessen der Arbeitnehmer_innen im Mittelpunkt stehen. Wir rechnen damit, dass die Koalition – so sie denn wirklich kommt – bereits nach der Sommerpause den Entwurf diskutieren könnte. Und den wollen wir natürlich mit beeinflussen.

| Auch die stärkere Förderung von Weiterbildung wird vielfach erwähnt. Auf was können Flüchtlinge und Migrant_innen hier hoffen?

| Hier sind starke Verbesserungen aus dem Koalitionsvertrag herauszulesen. Die meisten Maßnahmen stehen aber unter Finanzierungsvorbehalt. Das darf nicht sein, denn Weiterbildung ist ein zentrales Zukunftsthema nicht nur aber gerade für Geflüchtete, die zunächst in prekärer Arbeit oder Leiharbeit unterkommen und für die Weiterbildung die Brücke zu auskömmlich entlohnter Arbeit ist.

Das vollständige Interview auf www.migration-online.de/bewertung-koalitionsvereinbarung-2018

Mehr deutsche Kinder durch Zuwanderung

Zugewanderte Frauen entlasten deutsche Familien zunehmend bei der Hausarbeit. Nach einer neuen Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vergrößert sich mit der Migration das Angebot zur Kinderbetreuung, häuslichen Altenpflege sowie zur Hausarbeit wie Waschen, Putzen und Kochen. In der Folge seien einheimische Frauen in größerem Umfang erwerbstätig.

Die Forscher_innen haben auf der Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels errechnet, welche He-

belwirkung die Zuwanderung von Frauen auf die Ökonomie von Haushalts-Arbeit hat. Die Ergebnisse sind verblüffend. Steigt der Anteil der Migrantinnen an der Bevölkerung in einer Region um 10 % – zum Beispiel von drei Prozent auf 3,3 % –, führt dies laut Studie zu einer Erhöhung des Angebots von Haushaltsdienstleistungen um 18 %. „Eine bessere Verfügbarkeit von Haushaltsdienstleistungen kann einheimische Frauen entlasten und damit einen möglichen Konflikt bei der Entscheidung zwischen Familie und Beruf entschärfen“, heißt es. Zugleich nehme die Wahrscheinlichkeit zu, dass deutsche Frauen länger als 30 Stunden erwerbstätig seien,

heißt es weiter. Bei den einheimischen Frauen mit mittlerer Qualifikation sei dieser Effekt am stärksten. Zudem steige bei diesen Frauen bei einem höheren Anteil der Migrantinnen an der Bevölkerung auch die Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu bekommen. „Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass einheimische Frauen, insbesondere diejenigen mit mittlerem Qualifikationsniveau, mithilfe der Zuwanderung sowohl Erwerbstätigkeit und Hausarbeit als auch Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung leichter vereinbaren können“, so das Fazit der Studie.

IAB Kurzbericht 3/2018: <http://bit.ly/2Hz9gWH>

Sichtbarer Migrationshintergrund führt zu Diskriminierung

Subjektive Diskriminierungserfahrung von Zugewanderten nach Aussehen und Akzent in Prozent

■ = sehr stark · ■ = eher stark · ■ = eher wenig · ■ = gar nicht

kein sichtbarer Migrationshintergrund

1 3,3 12,9 82,8

nur Aussehen

7,6 9,8 30,4 52,1

nur Akzent

2,0 5,1 27,9 65,0

Aussehen und Akzent

13,3 11,3 34,4 41,1

5.396 Befragte, Frage: „Sind Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund ihrer Herkunft sehr stark, eher stark, eher wenig oder gar nicht diskriminiert worden?“

Quelle: SVR Migration, Studie „Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?“, <http://www.svr-migration.de/publikationen/diskriminierungserfahrungen/> 1/2018



News + Termine

Brandenburg: Hotline in Arabisch und Persisch für Ehrenamtliche und Flüchtlinge

In Brandenburg gibt es jetzt eine „Telefonjoker“ genannte Hotline für Übersetzungen aus dem Arabischen und Persischen. Sie richtet sich an ehrenamtliche Unterstützer_innen für Geflüchtete aus Krisenregionen. Die Telefonhotline ist von montags bis freitags von 14 bis 17 Uhr unter 01806-565370-1 (für Arabisch) und 01806-565370-2 (für Persisch) erreichbar.

<https://telefonjoker.org>

Neue Beratungsstelle Faire Mobilität in Sachsen hat Arbeit aufgenommen

Die Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen (BABS) unterstützt alle Arbeitnehmer_innen und ihre Familienangehörigen aus EU-Mitgliedsländern, die in Sachsen eine Tätigkeit ausüben oder es konkret planen. Es werden in Sachsen angestellte sowie nach Sachsen entsandte Arbeitnehmer_innen beraten.

<http://bit.ly/2ofn94q>

IMIS-Forscher: Integration der Flüchtlinge ist ein Erfolg

Die Integration der Flüchtlinge in Deutschland seit 2015 lässt sich nach Ansicht des Osnabrücker Migrationsforschers Christoph Rass als Erfolgsgeschichte lesen. In kurzer Zeit hätten Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft es geschafft, Strukturen zur Unterbringung und Versorgung, zur Sprachvermittlung oder zur Integration in den Arbeitsmarkt aufzubauen, sagte Rass der Welt. Dennoch würden Flucht und Zuwanderung noch immer mit Problemen und Konflikten assoziiert. „Schauen wir uns doch um: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenquote ist historisch niedrig, unsere Gesellschaft ist so sicher wie nie. Und ganz nebenbei haben wir es auch noch geschafft, eine Million Flüchtlinge aufzunehmen“, sagte der Migrationsforscher. Deutschland könnte also mit viel mehr Selbstbewusstsein und Gelassenheit an die weiteren Aufgaben und Herausforderungen der Integration herangehen.

<http://bit.ly/2EQzMwz>

Oxfam & Amnesty: EU mitschuldig an Gewalt gegen Migrant_innen in Libyen

Italien und die EU tragen aus Sicht von Amnesty International und Oxfam Mitschuld für Folter und Missbrauch Tausender Migrant_innen in Libyen. Die Organisationen kritisierten eine Vereinbarung zwischen Italien und Libyen zur Unterstützung der libyschen Küstenwache und zum Grenzschutz, die vor einem Jahr unterzeichnet und von der EU unterstützt

worden war. Wegen dieses „fragwürdigen Deals“ seien Menschen Folter, willkürlicher Haft, Erpressung und „unvorstellbaren Zuständen in Gefangenenlagern“ ausgesetzt, erklärte Amnesty mit. Oxfam forderte Italien auf, die Vereinbarung aufzukündigen.

<http://bit.ly/2omfvEK>

Ostdeutschland: Neuer Verband der Migrant_innenorganisationen

Rund 240 Migrant_innenorganisationen aus ganz Ostdeutschland können sich zusammenschließen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert den seit den 1990er-Jahren geplanten Verband. Ziel sei, die politische Partizipation der ostdeutschen Migrantenorganisationen zu stärken sowie ihre Beteiligung an der Integrationsarbeit zu fördern. Eine erste Konferenz des Dachverbandes soll im Herbst 2018 stattfinden.

<https://www.lamsa.de>

AfD: Türkische Gemeinde prüft Anzeige wegen rassistischer Rede

Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Gökyay Sofuoğlu, hat angekündigt, dass der Verein Juristen mit der Prüfung der strafrechtlichen Relevanz einer Rede des AfD-Politikers André Poggenburg beauftragt hat. Der sachsen-anhaltische AfD-Partei- und Fraktionschef Poggenburg hatte bei einer Rede in Nentmannsdorf bei Pirna in Sachsen die TGD diskreditiert und in diesem Zusammenhang von „Kümmelhändlern“ und „Kameltreibern“ gesprochen. Der Funke-Mediengruppe sagte Sofuoğlu, der Auftritt von Poggenburg habe ihn „an Reden von Joseph Goebbels erinnert“.

EU: Irreguläre Migration ging stark zurück

Die Zahl der irregulären Einreisen in die EU ist laut der Grenzschutzagentur Frontex stark gesunken. Sie lag 2017 bei rund 204.700 gegenüber rund 511.000 im Vorjahr und 1,8 Millionen im Rekordjahr 2015. Insbesondere auf der so genannten östlichen Mittelmeerroute von der Türkei nach Griechenland, aber auch auf der zentralen Route von Libyen nach Italien gingen die Zahlen demnach erheblich zurück. Die Agentur verzeichnet jedoch eine zunehmende Migration über das westliche Mittelmeer in die EU. „Spanien steht jetzt unter hohem Druck“, so Frontex-Direktor Fabrice Leggeri. 2017 habe sich die Zahl der auf dieser Route entdeckten Migrant_innen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Sie stieg laut Bericht von 9.900 auf rund 23.100, wobei die meisten Ankömmlinge aus Marokko, Algerien und der Elfenbeinküste stammten.

Termine

Fachtagung gemeinsam mit dem WSI
Arbeitnehmerrechte über Grenzen hinweg sichern. Anforderungen an Aufsicht, Zoll und die geplante Europäische Arbeitsbehörde
18. April 2018

Veranstaltungsort: Berlin

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

18. bis 23. März 2018

Veranstaltungsort:

DGB Tagungszentrum Hattingen

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nord

27. Februar bis 01. März 2018

Veranstaltungsort: Hamburg

Bayern/Baden-Württemberg

19. bis 21. April 2018

Veranstaltungsort: DGB Kreis Mittelbaden

Berlin-Brandenburg und Sachsen

31. Mai bis 02. Juni 2018

Veranstaltungsort: DGB Bundesvorstand Berlin

Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen-Thüringen

31. August bis 01. September 2018

Veranstaltungsort: Mainz

Nord

Teil I: 31. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Bremen

Sachsen und Berlin-Brandenburg

27. bis 29. September 2018

Veranstaltungsort: Leipzig

Fachseminar Alphabetisierung

23. Juni 2018

Veranstaltungsort: Frankfurt

07. Juli 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Keine Panik vor Dynamik

06. September 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

20. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Jetzt die Weichen stellen für ein Ende der globalen Sklaverei

© Foto: Women in Migration Network



Kommentar von Neha Misra, Solidarity Center, Washington DC

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat kürzlich erschreckende Zahlen präsentiert: Es ist davon auszugehen, dass heute weltweit 25 Millionen Menschen Opfer von Menschenhandel sind und sklavenähnliche Zwangsarbeit leisten müssen. Davon finden sich 16 Millionen in Zwangsarbeit im Privatsektor, etwa auf dem Bau, als Hausangestellte oder in der Landwirtschaft. Geschätzte fünf Millionen Menschen arbeiten in Zwangsverhältnissen der sexuellen Ausbeutung. Viele von ihnen sind Wanderarbeiter_innen – sowohl dokumentiert als auch ohne Papiere. Was kann gegen diese moderne Sklaverei in der modernen Welt getan werden?

Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen das so genannte Palermo-Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere von Frauen und Kindern beschlossen. Heute, 18 Jahre später, haben wir ein tieferes Verständnis von Menschenhandel und Zwangsarbeit. Und es wurden durchaus Schritte unternommen, um diesen zu beseitigen.

Im Jahr 2018 ist ein Sklave nicht unbedingt eine Person in Ketten oder Fesseln. Moderne Sklaverei kann viel subtiler sein. Opfer von Menschenhandel arbeiten in Fabriken, die Güter produzieren, die nach Europa oder in die USA exportiert werden. Opfer von Menschenhandel ernten Gemüse und verarbeiten Lebensmittel, die auf unseren Tischen landen. Sie bauen Mineralien ab, aus denen Geräte hergestellt werden, die wir kaufen. Sie machen die Kleider und Schuhe, die wir tragen. Sie säubern die Häuser der Menschen und kümmern sich um die Jungen, Alten und Kranken. Sie werden nicht nur durch körperliche Gewalt gefügig gemacht, sondern auch durch Zwang, Furcht und Einschüchterung. In der heutigen Wirtschaft können Arbeiter_innen durch die Androhung von Abschiebung, Mangel an praktikablen Alternativen und vor allem auch Verschuldung versklavt werden.

Durch den Druck von Aktivist_innen, der Zivilgesellschaft, Konsument_innen, Opfern und auch einigen

Regierungen fühlen sich einige Unternehmen heute gezwungen, in ihren Lieferketten gegen schwere Formen der Ausbeutung von Arbeitskräften vorzugehen. So haben einige multinationale Konzerne Richtlinien erlassen, um die Gebühren für die Einstellung oder Beschäftigung von Arbeiter_innen zu verhindern. Denn Anwerbegebühren für einen Arbeitsplatz schafft Anfälligkeit für Schuldknechtschaft – eine Form des Menschenhandels, die leider überall auf der Welt verbreitet ist.

Auch die Handelspolitik ist durchaus im Stande, Regierungen dazu zu zwingen, mehr gegen Zwangsarbeit in Lieferketten von Exportprodukten zu tun. Ein Beispiel dafür war zuletzt die Verwendung der „gelben“ und „roten“ Karten durch die Europäische Kommission. Dieses Instrument wurde etwa gegenüber Staaten angewandt, die nicht ausreichend gegen illegale, unregulierte Fischereiaktivitäten vorgehen. So konnte im vergangenen Jahr etwa Thailand dazu gebracht werden, stärker die Zwangsarbeit in der Produktion von Fisch und Meeresfrüchten einzudämmen.

Auch die ILO spielt beim Kampf gegen Zwangsarbeit eine wichtige Rolle. Kürzlich hat sie Grundsätze für die faire Anwerbung vorgelegt – ein erster Schritt in der dringend erforderlichen Regulierung der Arbeitsvermittlung.

Auch in gesetzgeberischer Hinsicht sehen wir einige Fortschritte. Ähnlich dem California Transparency in Supply Chains Act verlangt der britische Modern Slavery Act von 2015, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größe jährlich eine öffentliche Erklärung zu den Maßnahmen abgeben, die sie gegen Zwangsarbeit in ihren Lieferketten ergreifen. Leider aber gibt es keine verbindlichen Berichtskriterien und keine Strafe für Verstöße. NGOs haben festgestellt, dass viel zu viele der bisherigen Erklärungen wenig mehr sind als PR-Maßnahmen.

Die vielleicht wichtigste Neuerung ist die jüngste französische Gesetzgebung, die, obwohl im Gesetzgebungsverfahren verwässert, großen Konzernen eine besondere menschenrechtliche Sorgfaltspflicht auferlegt. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitnehmer_innen das Gesetz wirksam anwenden und wirksame Rechtsmittel einlegen können.

In den nächsten Monaten verhandeln die Vereinten Nationen über den so genannten Global Compact über sichere, geordnete und reguläre Migration. Dabei handelt es sich um ein unverbindliches Instrument, das im Dezember 2018 in Marokko verabschiedet wird. Die globale Arbeiterbewegung appelliert an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, diese Gelegenheit zu nutzen, um Schutzmaßnahmen

für Wanderarbeiter in diesen globalen Pakt aufzunehmen. Es müssen jetzt, so lange noch Zeit ist, faire Regeln für die Arbeitsmigration entwickelt werden. Diese Gelegenheit muss genutzt werden, um endlich wegzukommen von ausbeuterischen temporären Migrationsprogrammen, die versuchen, Migration zu managen, ohne Schutz der Arbeitnehmer_innen zu gewährleisten. Ein solcher Paradigmenwechsel würde präventiv gegen Menschenhandel wirken.

Die deutsche Regierung ist eine der führenden Stimmen in den Verhandlungen über den UN Global Compact. Sie spricht häufig von Arbeitsmigration, die auf einem besseren Qualifikationsangebot und einer besseren Ausbildung der Arbeitnehmer_innen in den Herkunftsländern des globalen Südens beruht. Dies sind willkommene Initiativen. Die Regierungen müssen jedoch auch an bessere, sicherere Migrationsprozesse und Schutzmaßnahmen für Niedriglohnpfänger_innen denken.

Das Solidarity Center ist eine US-amerikanische Organisation für die Rechte von Arbeiter_innen, die an vielen internationalen Bündnissen gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung beteiligt ist.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

